

Herr Schröder erklärte, dass der neue TOP 5.1 mit dem TOP 12.1.4 zusammen behandelt werden könne. Er begrüßte Herrn Golz vom Planungsbüro, der dazu einen Vortrag halten sollte.

Herr Golz informierte den Ausschuss über die Verbesserung des Verkehrsflusses an der Kreuzung B56/ L 143 und die Verkehrssituation Sankt Augustin-Ort.

Herr Schröder bedankte sich bei Herrn Golz für seine Ausführungen.

Herr Hennig merkte an, dass für den Ausschuss nicht die Zeit bestanden hätte, sich umfassend mit der Tischvorlage zu beschäftigen. Grundlage für die massive Verschlechterung sei die Auflage der Planfeststellungsbehörde, Knoten zu beschränken nach der geltenden Eisenbahnbetriebsordnung. Diese sehe enorme Sicherheitsschutzzeiten vor. Daher sei der Beschlussvorschlag in zwei Punkte untergliedert. Was von der Verwaltung verbessert werden könne, solle kurzfristig umgesetzt werden. Die Schaltung der Bahn könne von der Verwaltung nicht geändert werden. Als zweiter Schritt solle eine Überprüfung vorgenommen werden, ob ein Übergang von der Eisenbahnbetriebsordnung auf die Betriebsordnung für Straßenbahnen eine deutliche Besserung ergäbe.

Frau Härig erklärte, dass es ihr seinerzeit bei der Planung dieser Kreuzung nicht bewusst war, dass so viele Nachteile in Kauf genommen werden müssten. Sie habe sich durch den Umbau mehr Vorteile als Nachteile versprochen, was jetzt nun doch nicht der Fall sei. Frau Härig bemängelte, dass man Reklamationen anmeldete und dies dann nur auf Schaltung der Ampelanlage bezogen würde.

Herr Züll schlug vor, mitzuberaten, ob nach Abschluss der Arbeiten eine erneute Verkehrszählung in Sankt Augustin- Ort durchgeführt werde. Die Verwaltung hat zugesagt, die Verkehrssituation zu beobachten und zu gegebener Zeit darüber zu berichten. Herr Züll stellte für die Fraktion die Frage, ob die Beschlusslage mit der Vorrangschaltung für die Fußgänger in dem Maße, wie sie derzeit sei, zu halten sei. Er meinte, man müsse sich von diesem sturen Rhythmus verabschieden. Man solle zwischen verkehrsarmen Zeiten die Rotphasen ändern. Die Stadtbahn fährt mit zweierlei Richtlinien zwischen Sankt Augustin und Bonn. Daran müsse seiner Meinung nach etwas geändert werden. Man solle überlegen, ob man das Sicherheitsdenken, was vorwiegend herrsche, immer umsetzen könne. Herr Züll vertrat auch im Namen der FDP-Fraktion die Meinung, dass man den Bürger der Stadt ein klein wenig mehr Lebensrisiko zumuten müsse.

Frau Feld-Wiehlputz erklärte, dass ihre Fraktion eine Kreuzung gewünscht hätte die die Situation entschärfe. Die jetzige Kreuzung stelle das Gegenteil dar. Es wurde schon letztes Jahr im November 2005 auf die Problematik durch die Taktverdichtung mit den Schließzeiten der Schranken hingewiesen. Unabhängig davon stelle sich die Situation viel schwieriger dar, da jetzt noch das Problem mit dem „Schleichverkehr“ auftauche. Durch die Autofahrer würde jetzt versucht, die Kreuzung zu meiden mit allen Konsequenzen und Gefahren im ganzen Stadtgebiet. Die Fraktion sei nicht bereit, diese Situation in Kauf zu nehmen. Es gäbe Rückstaus bis zu Möbel Tacke, wo die Situation eskaliere. Es gäbe teilweise Wartezeiten bis zum neun Minuten. Frau Feld-Wiehlputz beantragte eine Sitzungsunterbrechnung, um den sachkundigen Bürger Herrn Helfen zu der Verkehrssituation zu Wort kommen zu lassen. Die CDU-Fraktion erwarte bezüglich der Verkehrssituation eine Lösung durch die Verwaltung.

Herr Schäfer teilte mit, dass man es sich gut überlegt hätte, dem Umbau zuzustimmen, wenn man vorher gewusst hätte, dass man jetzt eine Ampelanlage habe, die schlechter sei als die vorher vorhandene. In der Fraktion wurde sehr lange und sehr intensiv über die Frage gestritten, wie die Kreuzung in Zukunft aussehen könne und solle. Die Kreuzung wurde noch nicht mal so ausgebaut, wie es in der Endphase gedacht war. Jetzt würde schon festgestellt, dass die Leistungsfähigkeit abgenommen habe und zu immer mehr Schleichverkehren führe. Herr Schäfer führte aus, dass die Kreuzungsanlage aufgrund von Vorschriften und von einer Fehlplanung nicht mehr die vorherige Leistungsfähigkeit habe. Er halte es für wünschenswert, hier eine schnelle Lösung des Problems zu finden und diese auch umzusetzen. Die Schaltung des Fußgängerverkehrs sollte, wenn dies möglich sei, überdacht werden. Herr Schäfer befand es allerdings schwer, zu Lasten des Fußgängers und mit mehr Gefährdungspotential für den Fußgänger und den Radfahrerverkehr, die Zeiten zu verändern, zumal es sich auch um einen Hauptschulweg handele. Der erste Schritt wäre, den Rechtsabbieger wieder einzuführen, wie er vorher auch vorhanden war.

Herr Metz führte aus, man das Risiko für die Fußgänger nicht unterschätzen soll, zumal dort schon Unfälle passiert seien und eine Beschränkung auf jeden Fall notwendig sei. Es sollte nicht zu gering bewertet werden, dass dort ein Schulweg sei. Er bemängelt, dass der Beschlussvorschlag zu allgemein gefasst sei und die Fraktion diesem so nicht zustimmen könne. Es bestünden starke Bedenken, die Situation auf die Fußgänger und Radfahrer zu schieben. Die Ampelschaltung solle bedarfsorientiert geschaltet werden, ein separater Rechtsabbieger wäre sinnvoll gewesen. Herr Metz befürchtete, dass es an der Kreuzung immer Probleme geben werde, auch wenn man die Nachteile verringert. Herr Metz sah der Vorlage skeptisch entgegen und teilt mit, dass die Fraktion dem nicht zustimmen werde, weil sie nicht mit allen Maßnahmen einverstanden seien.

Herr Gleß ergänzte, dass es die Öffentlichkeit wenig interessiere, wer für den Zustand zuständig sei. Die Verwaltung habe die Initiative ergriffen, da man das Problem lösen müsse. Man müsse gemeinsam mit den zuständigen Behörden arbeiten, um eine für alle Beteiligten vernünftige Lösung zu finden. Herr Gleß bat darum, die Emotionen, die dabei entstünden, beiseite zu schieben und gemeinsam an dieser Lösung zu arbeiten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Meyer-Eppler teilte mit, dass der jetzige Sicherheitsstandard durch das mitlaufende Grün erhalten bleiben solle. Bei der Schaltung sind noch Verbesserungen möglich. Die Steuerung der Ampelanlage solle Verkehrsaufkommensabhängig geregelt werden.

Frau Feld-Wiehlputz beantragte eine Sitzungsunterbrechung, um Herrn Helfen als sachkundigen Bürger zu Wort kommen zu lassen, der sich mit dieser Problematik auseinandergesetzt habe.

Herr Züll führte aus, er habe sich nicht gegen die Belassung der Schranken ausgesprochen, sondern gegen den Vorrang der Straßenbahn. Die unterschiedliche Takte in der Feinsteuerung seien unstrittig und man müsse über diese Regelung nachdenken.

Herr Golz erklärte, dass er für die Belange der BÜSTRA nicht zuständig sei und dort keinen Einfluss drauf habe. Er lege den ungünstigsten Phasenwechsel fest, der zur BÜSTRA-Schaltung läuft. Die Zeit sei ihm per Richtlinie vorgegeben. Nach derzeitiger Rechtslage könne an der Richtlinie nicht gerüttelt werden. Die Ampelanlage sei nicht immer gleich geschaltet. Es gäbe eine verkehrsabhängige Anlage, die die Dauer der Grünzeiten entsprechend des

Verkehrsaufkommens regele. Die Grünzeit für den Fußgänger könne reduziert werden, wenn er dafür den Auftrag bekäme. Bisher war in der Stadt Sankt Augustin gewünscht, dass der Fußgänger die komplette Fahrbahn räume. Herr Golz führte aus, dass der grüne Pfeil von der Richtlinie her nicht angewandt werden könne, wenn ein gegenläufiger Strom signaltechnisch mit Grünpfeil geregelt würde. Dies regele die Verwaltungsvorschrift.

Der Ausschussvorsitzende unterbrach die Sitzung um 20.40 Uhr, damit Herr Helfen als sachkundiger Bürger zu diesem Thema gehört werden konnte.

Herr Helfen hat sich bezüglich der Problematik schriftlich an Frau Feld-Wiehlputz gewandt.

Herr Helfen teilte mit, dass er im Verkehrsministerium arbeite und sich mit dem Problem des Verkehrsflusses an der Kreuzung befasst habe. Er kenne sich mit der Eisenbahnbetriebsordnung und die Betriebsordnung für Straßenbahnen aus. Er erklärte, dass er am Vortag noch den Verkehrsfluss beobachtet habe und es Standzeiten für PKW an der Ampel von bis zu neun Minuten gab. Der Verkehr stauete sich teilweise bis zur Apotheke an der Bonner Straße und nicht nur bis zu Möbel Tacke. Er erläuterte, dass es im Ermessen der Verkehrsunternehmen liege, wie die Ampelanlagen zu schalten seien.

Die Sitzung wurde um 20.48 Uhr von dem Ausschussvorsitzenden wieder eröffnet.

Frau Feld-Wiehlputz bat darum, die Anregungen und Schilderungen zu prüfen und darüber zu berichten. Die Situation an der Kreuzung solle umgehend und kurzfristig geändert werden.

Herr Schröder führte aus, dass er die Sitzungsvorlage für hinreichend halte. Die Ausführungen des Herrn Helfen können darin sicherlich Einfluß finden in den Entscheidungsprozess. Herr Schröder schlug den Ausschussmitgliedern vor, der Sitzungsvorlage zu folgen.

Herr Gleß bemerkte, dass dies auch sein Vorschlag wäre. Die Aussage vom Gutachter und von Herrn Helfen würden sich mit dem Inhalt der Sitzungsvorlage decken. Er schlug vor, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Er schlug weiter vor, dass über die Entwicklung weiterhin regelmäßig im Arbeitskreis ÖPNV berichtet werde.

Herr Schäfer fand es anerkennenswert, dass sich die Verwaltung des Problems annimmt und auch Lösungsvorschläge mache. Er schlug für den Fall vor, dass es bis zur Sondersitzung am 12.09.2006 Ergebnisse gäbe, diese im Ausschuss vorzutragen.

Herr Metz gab eine Erklärung für sein Abstimmungsverhalten ab. Er erklärte, dass der Vorschlag eine Vielzahl von Maßnahmen enthalte. Die Fraktion sei mit einigen Maßnahmen einverstanden, bei einigen Maßnahmen seien sie skeptisch. Was sonst noch angedacht sei, werde sogar von der Fraktion abgelehnt. Daher habe er sich bei der Abstimmung enthalten. Sie würden aber die weiteren Beratungen konstruktiv begleiten.